

© Schwerpunkt »Globalisierung gestalten«

Wer braucht eigentlich globalisierte Agrarmärkte?

Prozess und Stand der Globalisierung im Agrar- und Ernährungssystem

von Jürgen Maier

Der Prozess der Globalisierung hat zu einer starken Konzentration von Marktmacht in den Händen weniger großer Konzerne geführt. Davon ist auch das Agrar- und Ernährungssystem betroffen. Ermöglicht und gefördert wird diese Entwicklung ganz wesentlich auch von politischen Entscheidungen, sei es von der Welthandelsorganisation oder der Europäischen Union. Und auch auf nationalstaatlicher Ebene sind die globalisierten Wertschöpfungs- und Lieferketten ein bestimmendes Element der Handels- und (Agrar-)Wirtschaftspolitik. Und dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, wie ein Blick auf geplante Firmenfusionen oder weitere Freihandelsabkommen zeigt. Der Autor des folgenden Beitrages schildert die negativen Folgen dieser Entwicklung und zeigt die dahinter stehenden Interessen auf. Er plädiert für eine grundlegende Umorientierung unserer Handels- und Außenwirtschaftspolitik. Der globale Konkurrenzkampf aller gegen alle ist ein Irrweg, so sein Fazit.

Das weltweite Ernährungssystem hat in den letzten Jahrzehnten einen Prozess geradezu atemberaubender Konzentration durchlaufen. Noch bis in die 1970er-Jahre hatten wir eine große Vielfalt regionaler Märkte, regional wirtschaftender Erzeuger, regionaler Preisbildung. Davon kann man heute nicht mehr sprechen. Wir haben es heute mit einem von multinationalen Konzernen dominierten System zu tun, einem *Corporate Food Regime*, gekennzeichnet durch globalisierte sog. Wertschöpfungs- und Lieferketten, getrieben von der Logik der Konzerne und immer weniger demokratisch kontrolliert von der Politik im Interesse der Allgemeinheit.

Die Konsequenzen sind drastisch: Immer mehr Bauernhöfe haben aufgegeben und die verbliebenen werden immer größer. Das ist nur ein Aspekt, der auch in der Öffentlichkeit viel diskutiert wird. Schauen wir uns die gesamte Landwirtschafts- und Ernährungsbranche an, sieht es noch viel dramatischer aus: *Drei* Unternehmen liefern mehr als 50 Prozent der Agrartechnik weltweit. *Vier* Konzerne kontrollieren den Düngemittelmarkt außerhalb Chinas. Nach der anstehenden Fusionswelle werden *drei* Konzerne mehr als 60 Prozent des Saatgut- und Pestizidbereichs kontrollieren. *Fünf* große Handelskonzerne kontrollieren 70 Prozent des Getreidehandels. Auch in der Verarbeitung und im Einzelhandel ist die Konzentration und Oligopolisierung in vollem Gange, gerade 50 Firmengruppen kon-

trollieren inzwischen mehr als 50 Prozent des weltweiten Umsatzes mit der Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln.¹ Parallel dazu steigt der Einfluss von Finanzinvestoren² in diesen Konzernen, denen es nur noch um das geht, was neudeutsch Shareholder-Value genannt wird, im Klartext also Profit.

Die Entstehung dieses Corporate Food Regime ist kein Naturgesetz. Ohne massive politische Rückendeckung hätte es diese Entwicklung nie gegeben. Globale Lieferketten funktionieren nur, wenn man mit Freihandelsabkommen die Märkte öffnet, notfalls auch gegen massiven öffentlichen Widerstand. Genau darum geht es in der Handelspolitik der EU, aber auch anderer großer Handelsblöcke wie etwa den USA.

Öffnung der Agrarmärkte

Vor dem Entstehen der globalen Lieferketten waren die Agrarmärkte noch relativ stark abgeschottet. Die Liberalisierung des Welthandels unter dem GATT-Regime betraf in erster Linie Industriegüter. Vor dem ausgeprägten Agrarprotektionismus der USA und der damaligen EG mussten die Freihändler meist kapitulieren. Dies änderte sich erst mit Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1995, als der Neoliberalismus sich in den Industriestaaten durchzusetzen begann und die Öffnung der Agrarmärkte zum politischen Ziel wurde.³

Allerdings war die weitreichende Liberalisierungsagenda der EU und der USA innerhalb der WTO von Anfang an nicht mehrheits- oder gar konsensfähig, denn der Block der Entwicklungsländer hatte an ihr kein Interesse. Das spektakuläre Scheitern der WTO-Ministerkonferenzen von Seattle 1999 und Cancún 2003 zeigte diesen Dissens klar auf. Nach Cancún erklärte ein frustrierter EU-Handelskommissar Pascal Lamy die WTO zur »mittelalterlichen Organisation«, die dringend reformiert werden müsse.⁴ Bundeslandwirtschaftsministerin Künast (Grüne) attackierte – in völliger Verkennung der Lage – die Nichtregierungsorganisationen, die den erfolgreichen Widerstand der Entwicklungsländer begrüßten: »Wer jetzt feiert, feiert auf dem Rücken der Schwächsten.«⁵ Der US-Handelsbeauftragte Zoellick war da realistischer: Er lastete das Scheitern der Cancún-Konferenz direkt den Entwicklungsländern an und drohte ihnen, die USA würden ihre Interessen nunmehr bilateral durchsetzen.

Kern der Kritik der Entwicklungsländer war, dass EU und USA ihre eigenen Agrarmärkte ebenfalls öffnen und Subventionen beseitigen müssten, wenn sie dies von den Entwicklungsländern verlangten. Eigentlich ist das keine allzu weitreichende Position. Man hätte die Blockade der WTO zum Anlass nehmen können, sich grundsätzlich die Frage zu stellen, warum man Agrarmärkte überhaupt globalisieren muss.

Europe First!

Statt einer inhaltlichen Neuorientierung verständigten sich die EU-Regierungen aber nach der ebenfalls ergebnislos verlaufenen WTO-Ministerkonferenz in Hongkong 2005 darauf, nun dieselbe Marktöffnungsagenda eben mit bilateralen, regionalen und sektoralen Abkommen außerhalb der WTO zu verfolgen. 2006 beschlossen sie eine Strategie, genannt *Global Europe*, in der sie dies in aller Deutlichkeit ausführen.⁶ Das zentrale Ziel der Global-Europe-Strategie ist es, die EU zum »wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen. Wenn man das zum Ziel hat, dann ist natürlich klar: Dafür müssen die Märkte der anderen geöffnet werden. Ebenso klar ist, dass der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt von solchen schrankenlos offenen Märkten am meisten profitiert und die anderen davon nicht ganz so begeistert sein können. *Make Europe Great Again*, so könnte man es auch nennen, *Europe First* – sicher, das ist natürlich kein Wirtschaftsnationalismus (das geht schon deshalb nicht, weil die EU keine Nation ist), aber Egoismus ist es schon. Noch im Herbst 2015 wurden die Ziele dieser Strategie von der Kommission und von allen Mitgliedsregierungen bekräftigt⁷ – man will sie besser kommunizieren, aber nicht die Inhalte ändern.

Etwa 20 Abkommen hat die EU noch in der Pipeline, mit den Mercosur-Ländern Südamerikas, mit Australien, Neuseeland, Japan, Indien, den Philippinen, Indonesien, Tunesien, Marokko, Mexiko, afrikanischen Ländern und so weiter. Auch TTIP ist offiziell noch nicht begraben, sondern nur vertagt auf die Zeit nach Trump. Bei allen geht es, je nach Entwicklungsstand der betroffenen Volkswirtschaften, um dasselbe: weitere Marktöffnung in den Bereichen, wo es noch relevante Märkte zu öffnen gibt, also vor allem bei Agrarprodukten und Dienstleistungen, sowie um Investitionsschutz und weitere Deregulierung. Regulierungen mögen im öffentlichen Interesse sein, aber für die Handelspolitiker sind sie Handelshemmnisse, also werden sie erschwert oder gleich unmöglich gemacht.

Sehr weit sind sie damit bisher nicht gekommen. Über den größten Teil der geplanten Abkommen und praktisch alle wichtigeren wird verhandelt und verhandelt und verhandelt, aber es klemmt überall. TTIP und CETA sollten diesen beklagenswerten Zustand ändern, sollten die »modernsten Handelsabkommen der Welt« werden, und erreichten doch das genaue Gegenteil. So umstritten wie heute war die EU-Handelspolitik schon lange nicht mehr.

EU: Weitere Globalisierung der Agrarmärkte ...

Aber worum geht es eigentlich bei den mehr als 20 Abkommen, die die EU noch in der Pipeline hat – soweit wir das beurteilen können. Die Verhandlungsmandate und die Verhandlungsberichte all dieser Abkommen sind überwiegend geheim, nach wie vor, den vielen Transparenzversprechen zum Trotz. Vor allem sind diese Verhandlungsmandate meist schon ziemlich alt, Mercosur etwa aus dem Jahr 1998. Sie stammen aus der Zeit, als noch niemand in der Kommission und den Regierungen Europas die leisesten Zweifel am bisherigen Marktliberalismus hatte, als noch niemand sagte, es müsse mehr Gewinner bei der Globalisierung geben. Mir ist nichts davon bekannt geworden, dass diese Verhandlungsmandate zwischenzeitlich geändert worden wären oder dass auch nur eine einzige Regierung vorgeschlagen hätte, sie zu ändern. Also bleibt es wohl bei der alten Politik.

Ein roter Faden, der sich durch alle geplanten Abkommen zieht, ist die weitere Globalisierung der Agrarmärkte, ohne Rücksicht auf Verluste. Hier sind die Widerstände besonders groß, der Widerstand gegen TTIP fing bekanntlich auch mit dem Essen an. Erklärtes Ziel ist die weitere Senkung der Verbraucher- und Erzeugerpreise, und d. h. im Klartext: die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Denn mit diesem Preisdruck können bäuerliche Erzeuger überall auf der Welt nicht mithalten. Mit ihren 20 geplanten

Freihandelsabkommen versucht die EU, vor allem Fleisch- und Milchmärkte in Asien, den Philippinen, Japan usw. zu öffnen, um für die agrarindustrielle Überproduktion in der EU neue Märkte zu finden – und in den anderen Ländern bäuerliche und regionale Strukturen plattzumachen.

Deswegen ist der Widerstand in Japan und den asiatischen Ländern gegen diese Abkommen vor allem unter den Bauern stark. Denn sie begreifen diese Abkommen als das, was sie sind: eine Kampfansage an die bäuerliche Landwirtschaft. Die hat man in diesen Ländern noch weitgehend, man produziert in der Region für die Region. Diesen Außenschutz will die EU unbedingt knacken. Vor Kurzem ist in Japan eine Milchmarktreform beschlossen worden, mit der der japanische Milchsektor wettbewerbsfähiger gemacht werden soll, um für das EU-Abkommen fit zu werden und um den Widerstand in Japan gegen das Abkommen zu schwächen. Was es heißt, kann man sich denken: Es bedeutet, den Milchsektor »wettbewerbsfähiger« zu machen, ihn damit zu industrialisieren – völlig egal, ob Japans Verbraucher und Bauern so etwas wollen; die werden nicht befragt.⁸

... auch Zielvorgabe des BMEL

In diese Richtung soll es also auch in Zukunft gehen, nach dem Willen der EU-Regierungen und der Kommission: Noch mehr Globalisierung, und d. h. noch mehr Industrialisierung und noch mehr Konzentration im Agrar- und Lebensmittelsektor. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) sagt es ganz offen: Wir wollen mit praktisch der ganzen Welt Freihandelsabkommen haben, nur mit Russland, China, Iran und wenigen anderen sei das derzeit nicht angestrebt. Der Ausbau der Exportmärkte ist das politische Ziel; das BMEL sagt in seinem sog. *Grünbuch* Ende 2016 klar: »Unsere Agrarexportstrategie fokussiert sich auf kaufkräftige Gesellschaften innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.«⁹ Jeder normale Mensch fragt sich allerdings: Wenn es in Sao Paulo, Bombay, Jakarta oder Nairobi kaufkräftige aufstrebende Mittelschichten gibt, warum sollen dann nicht Bauern aus diesen Ländern die beliefern, damit sie auch was von dem Aufschwung haben?

Neben billiger Massenware aus der industriellen Massentierhaltung geht es in der Tat bei den Exportplänen der EU sehr stark auch um verarbeitete Produkte von Käse bis Wein – aber aus entwicklungs-politischer Sicht ist das nicht minder problematisch. Gerade in den sog. wertschöpfungsintensiven Produkten liegen eben auch die Potenziale für Arbeitsplätze, liegen wirtschaftliche Perspektiven für diese Länder. Nicht »wir« müssen die Welt ernähren, sondern jedes Land soll sich selbst ernähren können.

Wer das zweifelhafte Vergnügen hat, ab und zu an den Informationssitzungen des BMEL für Verbandsvertreter teilzunehmen, stellt rasch fest, in welcher Parallelwelt man sich dort bewegt. Da wird dann gefordert, »Wir müssen den abgeschotteten Süßwarenmarkt Mexikos knacken«, »Wir müssen den abgeschotteten Schweinefleischmarkt und Alkoholmarkt der Philippinen knacken«, »Wir müssen den abgeschotteten Milchmarkt Japans knacken« und dergleichen mehr – Ziele, mit denen das BMEL vorbehaltlos übereinstimmt. Kaum ein Ministerium hat sich derart umfassend zum Erfüllungsgehilfen einer Branche selbst degradiert und seinen öffentlichen Auftrag so gründlich beiseitegeschoben. Wer hat eigentlich beschlossen, dass so eine Politik im öffentlichen Interesse Europas ist? Wenn etwas »geknackt« werden muss, dann doch wohl eher die von wirksamer demokratischer Kontrolle abgeschottete Handels- und Agrarexportpolitik der EU!

Weltmarktorientierung als Sackgasse

Mit den geplanten Freihandelsabkommen mit den Agrexportländern Südamerikas sowie Australien und Neuseeland, aber auch mit dem Kanada-Abkommen CETA soll umgekehrt die europäische Landwirtschaft unter weiteren massiven Preisdruck gesetzt werden. Davor hat selbst der Deutsche Bauernverband Angst. Wenn erst der globale Wettbewerb aller gegen alle schrankenlos durchgesetzt ist (und genau das ist das Ziel der neoliberalen Handelspolitiker in Brüssel, in Berlin, in den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten), dann ist die bäuerliche Landwirtschaft erledigt: ein regelrechter Preiskrieg, Roulettespiel mit der Zukunft der Landwirtschaft, anachronistisch, aber politisch gewollt von Europas Regierungen von links bis rechts und der EU-Kommission.

Bereits die russischen Sanktionen gegen die EU-Landwirtschaft haben gezeigt, welche fatalen Konsequenzen diese Weltmarktfixierung hat. Jahrelang hieß es, Russland sei der Markt der Zukunft, und kaum besetzen die Russen einen Teil der Ukraine, war Schluss mit dem Markt der Zukunft. Jetzt ist China der Markt der Zukunft, und wenn morgen die Chinesen irgendeine Insel im Südchinesischen Meer besetzen, ist halt auch wieder Schluss. Jenseits aller Umwelt- und Tierschutzargumente ist die Weltmarktorientierung auch ökonomisch eine Sackgasse, aber Europas Regierungen bleiben unbeirrt bei dieser fatalen Politik.

Fester Bestandteil der EU-Handelspolitik seit 25 Jahren ist auch die Verschärfung der Saatgutgesetze, das Durchsetzen ausufernder »geistiger Eigentumsrechte« auf Saatgut und die Kriminalisierung von Bauern, die ihre Ernte als Saatgut wiederverwenden, statt bei Agrarkonzernen Saatgut neu einzukaufen.

fen. Schön für Bayer und Monsanto, schlecht für die Bauern. Jahrhundertlang haben sie ihr Saatgut lokal ausgetauscht, unzählige standortangepasste Sorten gezüchtet – und das soll jetzt ein Verbrechen sein? Man kann froh sein, dass die meisten Entwicklungsländer entsprechende Klauseln in Handelsverträgen zwar unter Druck unterschrieben haben, aber meist innerstaatlich nicht durchsetzen.

Fatale Folgen für Entwicklungsländer

Für viele Entwicklungsländer sind die Folgen der Globalisierung des Agrar- und Ernährungssektors fatal. Vor 30 Jahren waren noch 30 Länder Netto-Nahrungsmittelimporteure, heute sind es 110. Wie sollen sich solche Länder jemals erfolgreich entwickeln, wenn sie darauf angewiesen sind, mit ihren knappen Devisen Nahrungsmittel zu kaufen, abhängig auf Gedeih und Verderb von den Preisschwankungen der Weltmärkte?

Vorbei sind die Zeiten der Handelsabkommen von Lomé 1989 oder Cotonou 2000, mit denen die EU ihre Märkte für afrikanische Exporte geöffnet hat, ohne dieselbe Öffnung von den Afrikanern zu fordern. Heute zwingen wir sie, ihre Märkte zu öffnen, ohne Rücksicht auf Verluste, und wenn dieselben Regeln für Starke und für Schwache gelten, kann man sich denken, was dabei herauskommt: die Starken gewinnen. Nicht nur zaghafte Ansätze einer Industrialisierung gingen dadurch kaputt. In Ghana hat man vor Jahren Tomaten angebaut und in Konservenfabriken Tomatenpräparate im Lande hergestellt und sogar exportiert. Tomaten wachsen gut in Ghana, besser als in holländischen Gewächshäusern oder unter andalusischen Plastikplanen, bewässert mit Raubbau-Grundwasser. Heute haben europäische Tomatenexporte die Märkte Ghanas erobert, so mancher frühere Tomatenbauer arbeitet heute als illegaler Migrant zu Hungerlöhnen in Italien oder Spanien.¹⁰

Das ist nicht das einzige Beispiel. Die Folgen dieser Handelspolitik, dieser erzwungenen Marktöffnung sieht man überall im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich. Europäische Exporteure haben inzwischen in vielen Ländern Afrikas Marktanteile von weit über 50 Prozent bei Milchprodukten und Geflügelfleisch. Infolge zahlreicher Zollsenkungen durch diverse Handelsabkommen haben afrikanische Erzeuger gegen die hochsubventionierte europäische Agrarindustrie kaum eine Chance. Die Folgen: Die Kinder afrikanischer Bauern werden heute nicht mehr Bauern, sondern Migranten. Früher kamen sie nur bis in die Hauptstadt, heute auch weiter. Auf dem Höhepunkt der europäischen Milchkrise durch die Überproduktion vor zwei Jahren lud der Bundeslandwirtschaftsminister zu einem Milchgipfel, dessen Hauptergebnis

war: mehr Exporte, so werden wir die Überschüsse los. Wie viele afrikanische Milchbauern wollen wir eigentlich noch ruinieren?

Abkommen erfolgreich ignoriert

Die europäischen Hühnchen-Massentierhalter, die Wiesenhofs & Co, haben schon erfolgreich die bäuerliche Hühnerhaltung in Europa plattgemacht und mit ihren ungebremsten Exporten vor allem von sog. minderwertigen Hühnerteilen haben sie in weiten Teilen Afrikas die Hühnerhaltung zerstört. Das ist lange bekannt, aber natürlich denkt in der europäischen Politik niemand daran, das abzustellen, ganz im Gegenteil: Mit neuen Freihandelsabkommen sollen neue Märkte erschlossen werden. Schließlich werden die Produktionskapazitäten ständig erweitert, ohne dass die Politik etwas dagegen tut, während die Inlandsmärkte stagnieren oder schrumpfen. Irgendwo muss man das Zeug ja absetzen. Also eben im Export. Genauso gut könnte man auch hergehen, das Geschäftsmodell der Wiesenhofs mit spürbar verschärften Umwelt- und Tierschutzauflagen sowie Maßnahmen gegen Lohndumping systematisch zu verteuern und die Überproduktion auf diese Weise zurückfahren. Aber dazu fehlt der politische Wille.

Dass es auch anders geht, zeigt Kamerun: Massiver öffentlicher Druck hat dazu geführt, dass das Land seit 2005 faktisch kein Hühnerfleisch mehr ins Land lässt, obwohl es dies nach dem Handelsabkommen mit der EU eigentlich müsste. Kamerun ignoriert diese Verpflichtung einfach, und deshalb können Hühnerzüchter in Kamerun seitdem wieder von ihrer Arbeit leben. Pikanterweise unterstützt das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) die kamerunischen Hühnerzüchter mit einem »Grünen Innovationszentrum« – würde Kamerun das Handelsabkommen mit der EU einhalten, gäbe es überhaupt keine kamerunischen Hühnerzüchter mehr und diese Entwicklungshilfegelder wären verloren.¹¹

Handelspolitik als Migrationsursache

Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber Europas Handelspolitik ist eine Migrationsursache. Das gilt nicht nur für den Agrarsektor, sondern auch für den arbeitsplatzintensiven Dienstleistungssektor. Auch dort plant die EU forcierte Marktöffnungen mit all ihren Abkommen für die Konzerne aus der EU. Warum muss die EU Aldi und Lidl den indischen Markt öffnen, warum DHL den indonesischen Markt, warum in Lateinamerika Wasserprivatisierungen für Veolia erzwingen? Solange wir weiterhin vielen Menschen in anderen Ländern für unsere Exportrekorde die Lebensgrundlagen kaputt machen, werden die

Migrationsströme nicht abnehmen, sondern sie werden zunehmen.

Spätestens hier wird deutlich: Handelspolitik kann man in Zeiten einer globalisierten Weltwirtschaft nicht mehr von der Wirtschaftspolitik im Inland trennen. So wie die Regierungen der letzten 20 Jahre im Inland die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Deregulierung und die systematische Ausweitung der Niedriglohnssektoren vorangetrieben haben, so tun sie dies auch mit ihrer Handelspolitik im Ausland. Aber gesellschaftliche Mehrheiten haben sie dafür schon lange nicht mehr. Wir brauchen daher eine grundlegende Umorientierung unserer Handels- und Außenwirtschaftspolitik. Der globale Konkurrenzkampf aller gegen alle ist ein Irrweg, die Verwerfungen sehen wir doch überall. Die meisten gehen bei dieser Politik unter, übrig bleiben ein paar Konzerne, und dann ist auch der vielgepriesene Wettbewerb zu Ende. Es gibt viel mehr Verlierer als Gewinner. Brexit, Trump, Migrationsströme, Entvölkerung ländlicher Räume etc. sind die Konsequenzen. Wie blind muss man eigentlich sein, um immer noch das »Weiter so« zu predigen?

Ein »Weiter so« funktioniert nicht

»Weiter so« wird nicht funktionieren, erst recht, wenn sich das politische und gesellschaftliche Umfeld ändert, in dem diese Politik stattfindet. Man kann in Demokratien auf Dauer nicht das Gegenteil tun von dem, was die Menschen wollen. Mit der Ablehnung solcher Abkommen wie TTIP oder CETA, mit der Ablehnung immer weiterer Marktöffnungen gewinnt man heute Wahlen, nicht mit der Propagierung von immer noch mehr Globalisierung, selbst im Lande des Exportweltmeisters. Aber da dauert es etwas länger.

Wir müssen unsere Exportrekorde nicht erhöhen, sondern runterfahren, Arbeitsplätze durch mehr regionale Wirtschaftsstrukturen schaffen – und d. h. auch: Wir müssen einige Märkte wieder regionalisieren, Globalisierung zurückfahren, Marktöffnungen zurücknehmen statt immer mehr Existenzen zu zerstören. Weltmärkte für Smartphones machen Sinn, Weltmärkte für Milch sind Schwachsinn. Wir brauchen eine aktive Politik gegen Konzernoligopole, zu viel Konzentration muss wieder zurückgedrängt werden. Im letzten Jahrhundert haben die USA dafür auch nicht davor zurückgeschreckt, eine ganze Reihe Konzerne mit zu viel Marktmacht einfach zu zerschlagen. Auch das gehört zu einer zukunftsfähigen Politik. Wer dafür glaubwürdig eintritt, hat in vielen Ländern alle Chancen, Mehrheiten zu bekommen.

Anmerkungen

- 1 Siehe auch: Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oxfam, BUND, Germanwatch: Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Berlin 2017 (www.boell.de/de/konzernatlas).
- 2 So sind z. B. die Hauptanteilseigner sowohl von Bayer als auch Monsanto große US-Fondsgesellschaften wie BlackRock, Capital Group oder Vanguard. Vgl. hierzu den Bericht »Die wahren Strippenzieher: Finanzinvestoren - Wie einflussreiche Anleger im Hintergrund über eine der größten Fusionen entscheiden, die es je gab«. In: Süddeutsche Zeitung vom 21. September 2016, S. 21. – Siehe auch den Beitrag von Marita Wiggerthale in diesem Agrarbericht (S. ???-???)
- 3 Eine Übersicht über die festgefahrenen WTO-Verhandlungen findet sich unter: www.forumue.de/aus-der-wueste-in-die-leere/.
- 4 epd entwicklungspolitik 19 (2003), S. 23.
- 5 Vgl. Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September 2003.
- 6 European Commission: Global Europe competing in the world. A contribution to the EU's growth and jobs strategy. (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130376.pdf). Eine Kritik dieser Strategie durch die AG Handel des Forums Umwelt & Entwicklung findet sich unter www.forumue.de/global-europe-die-neue-eu-handelspolitik-im-wahn-der-wettbewerbsfaehigkeit/.
- 7 European Commission: Trade for all. Towards a more responsible trade and investment policy. Luxembourg 2015 (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153846.pdf).
- 8 Vgl. US Department of Agriculture: Japan dairy and products annual, 2016 market situation summary and 2017 Outlook. GAIN Report JA 6045, 2016 (https://gain.fas.usda.gov/Recent%20GAIN%20Publications/Dairy%20and%20Products%20Annual_Tokyo_Japan_10-19-2016.pdf).
- 9 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Grünbuch Ernährung, Landwirtschaft, Ländliche Räume. Berlin 2016, S. 49 (www.bmel.de/DE/Ministerium/Gruenbuch/gruenbuch_node.html).
- 10 Sehr anschaulich hat das die ZEIT in der Reportage beschrieben: »Ein Mann pflückt gegen Europa - Wie Tomaten aus der EU afrikanische Bauern zu Flüchtlingen machen«. In: Zeit online vom 30. Dezember 2015 (www.zeit.de/2015/51/afrika-eu-handelspolitik-subventionen-armut-flucht).
- 11 Brot für die Welt: Das globale Huhn. Die Folgen unserer Lust auf Fleisch. Im Fokus 01/2017. Berlin 2017, S. 14 (www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/ImFokus_Das_globale_Huhn.pdf). – Siehe hierzu auch den Beitrag von Francisco Mari: »Ab nach Afrika?« Hühnerbeine und Schweinepfoten überfluten westafrikanische Märkte. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 96–100.



Jürgen Maier

Seit 1996 Geschäftsführer des
Forums Umwelt & Entwicklung.

Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
chef@forumue.de
www.forumue.de